



## **Rechtsausschuss**

### **66. Sitzung (öffentlich)**

23.11.2016

Köln – Finanzgericht

11:30 Uhr bis 12:40 Uhr

13:15 Uhr bis 15:35 Uhr

Vorsitz: Dr. Ingo Wolf (FDP)

Protokoll: Stefan Ernst

### **Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

#### **Vor Eintritt in die Tagesordnung**

**7**

Der Ausschuss kommt überein, Tagesordnungspunkt 3 „Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen (Absenkung des Wahlalters)“, Tagesordnungspunkt 4 „Gesetz zur Einführung der Individualverfassungsbeschwerde zum Verfassungsgerichtshof Nordrhein-Westfalen“ und Tagesordnungspunkt 5 „Gesetz zur Änderung des Landeswahlgesetzes, des Verfassungsgerichtshofgesetzes und weiterer Gesetze“ von der heutigen Tagesordnung abzusetzen.

**1 Vorstellung des Finanzgerichtes Köln und aktueller Fragen aus dem Bereich der Finanzgerichtsbarkeit (s. Anlage) 8**

Bericht  
durch den Präsidenten des Finanzgerichtes Köln

**2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2017 (Haushaltsgesetz 2017) (8 Anlagen) 11**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 16/12500  
Drucksache 16/13400

Acht Änderungsanträge  
Tischvorlage (siehe Anlage)

Vorlage 16/4240  
Vorlage 16/4270  
Vorlage 16/4381

in Verbindung mit

**Finanzplanung 2016 bis 2020 mit Finanzbericht 2017 des Landes Nordrhein-Westfalen**

Vorlage 16/12501

Ohne Aussprache stimmt der Ausschuss dem Einzelplan 16 mit den Stimmen von SPD, CDU, GRÜNEN und FDP bei Enthaltung der PIRATEN zu.

Der Ausschuss nimmt die acht Änderungsanträge (Tischvorlage, siehe Anlage) mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU und FDP bei Enthaltung der PIRATEN an.

Sodann nimmt der Ausschuss den Einzelplan 04 in der soeben geänderten Fassung mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU, FDP und PIRATEN an.

**3 Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen (Absenkung des Wahlalters) 17**

Gesetzentwurf  
der Fraktion der SPD und  
der Fraktion BÜNDNIS 90/GRÜNEN  
Drucksache 16/13313 (Neudruck)

Wie vor Eintritt in die Tagesordnung beschlossen, ist dieser Punkt von der Tagesordnung abgesetzt.

**4 Gesetz zur Einführung der Individualverfassungsbeschwerde zum Verfassungsgerichtshof Nordrhein-Westfalen 18**

Gesetzentwurf  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 16/13113

Wie vor Eintritt in die Tagesordnung beschlossen, ist dieser Punkt von der Tagesordnung abgesetzt.

**5 Gesetz zur Änderung des Landeswahlgesetzes, des Verfassungsgerichtshofgesetzes und weiterer Gesetze 19**

Gesetzentwurf  
der Fraktion der SPD und  
der Fraktion BÜNDNIS 90/ GRÜNEN  
Drucksache 16/13312

Wie vor Eintritt in die Tagesordnung beschlossen, ist dieser Punkt von der Tagesordnung abgesetzt.

**6 Nordrhein-Westfalen muss bundespolitischer Impulsgeber bei der Regelung des digitalen Nachlasses werden 20**

Antrag  
der Fraktion der CDU  
Drucksache 16/13305

Der Ausschuss kommt überein, vor weiteren Beratungen die Berichte abzuwarten.

- 7 Es ist fünf nach zwölf! – Ganzheitliches Handlungskonzept zur Prävention von Radikalisierungen, insbesondere des gewaltbereiten Salafismus, endlich entwickeln und wissenschaftlich begleiten lassen** **21**
- Antrag  
der Fraktion der PIRATEN  
Drucksache 16/12341
- Der Ausschuss kommt ohne Aussprache überein, das Thema nach Vorliegen des Protokolls über die Anhörung zu beraten.
- 8 Binnen kürzester Zeit zwei weitere Suizide im NRW-Strafvollzug sowie irritierende Interview-Aussagen von Justizminister Kutschaty dazu** *(TOP beantragt von der CDU, s. Anlage)* **22**
- Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 16/4485
- 9 Verunreinigung von Hafträumen mit Blut und Kot sowie Fäkal-Attacken gegen JVA-Bedienstete – Haben sich die Probleme mit Häftlingen aus den Maghreb-Staaten weiter verstärkt?** *(TOP beantragt von der CDU, s. Anlage)* **30**
- Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 16/4486
- 10 Welche Probleme bei der IT-Zentralisierung, der Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs und der elektronischen Akte versucht Justizminister Kutschaty zu kaschieren?** *(TOP beantragt von der FDP, s. Anlage)* **32**
- Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 16/4487

**11 Wiederaufnahme der Ermittlungen im Fall Jens Bleck** (*TOP beantragt von der FDP, s. Anlage*) **37**

Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 16/4488

**12 Verschiedenes** **38**

\* \* \*



## Aus der Diskussion

### Vor Eintritt in die Tagesordnung

begrüßt **Vorsitzender Dr. Ingo Wolf** die Abgeordneten, die Vertreter der Landesregierung und einiger Justizbehörden sowie die Vertreter von Öffentlichkeit und Medien. Er dankt sodann **Präsident Benno Scharpenberg (Finanzgericht Köln)** für die Gastfreundschaft, der ebenfalls die Anwesenden kurz begrüßt.

Der Ausschuss kommt überein, Tagesordnungspunkt 3 „Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen (Absenkung des Wahlalters)“, Tagesordnungspunkt 4 „Gesetz zur Einführung der Individualverfassungsbeschwerde zum Verfassungsgerichtshof Nordrhein-Westfalen“ und Tagesordnungspunkt 5 „Gesetz zur Änderung des Landeswahlgesetzes, des Verfassungsgerichtshofgesetzes und weiterer Gesetze“ von der heutigen Tagesordnung abzusetzen.

Sodann erinnert **Vorsitzender Dr. Ingo Wolf** an die Vereinbarung, die heutigen Abstimmungen in Fraktionsstärke vorzunehmen.



**5 Gesetz zur Änderung des Landeswahlgesetzes, des Verfassungsgerichtshofgesetzes und weiterer Gesetze**

Gesetzentwurf  
der Fraktion der SPD und  
der Fraktion BÜNDNIS 90/ GRÜNEN  
Drucksache 16/13312

Wie vor Eintritt in die Tagesordnung beschlossen, ist dieser Punkt von der Tagesordnung abgesetzt.

